K4-120 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG DemRecht

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:
Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Wir fordern die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Polizeibeamte aus anderen Bundesländern, die in Berlin eingesetzt werden. Jeder Waffengebrauch und Einsatz von sog. Pfefferspray ist zu dokumentieren und zu begründen. Das Verbot passiver Bewaffnung sowie das Vermummungsverbot sind aus dem Versammlungsgesetz zu streichen. Die Ausstattung der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell

Begründung

Die Kennzeichnungspflicht gilt derzeit nicht für Beamte aus anderen Bundesländern, obwohl diese bei Einsätzen in Berlin dem Berliner Polizeirecht unterliegen. Eine vorübergehende Kennzeichnung wäre dabei sehr einfach mit gekennzeichneten Überziehwesten möglich. Dabei wäre festzuhalten, welche Weste an welchen Beamten ausgegeben wird.

Der Einsatz von nicht-Schusswaffen ist derzeit nicht begründungspflichtig und wird dementsprechend gerade bei bestimmten Demonstrationen "lose" gehandhabt - in dem Bewusstsein, dass es keine Konsequenzen geben wird. Hier schaffen wir die Möglichkeit für Demonstranten, gegen übermäßigen Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken vorzugehen.

Unterstützer*innen

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin